

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz
MdB zum Erfordernis
einer gerechten Welt-
ordnungspolitik: Die
Autorität der UNO stär-
ken.

Seite 1

Kurt Vittinghoff MdEP
zum Abgas-Streit zwi-
schen Brüssel und
Bonn: Wettbewerb
wichtiger als Umwelt-
schutz?

Seite 3

Ingrid Becker-Inglau
MdB zur Umsetzung
des Quotenbeschlus-
ses innerhalb der Sozi-
aldemokratischen Bun-
destagsfraktion: Frau-
enanteil kann sich se-
hen lassen.

Seite 4

Herbert Bermeitinger
zum positiven Echo auf
die Vorstellung des so-
zialdemokratischen
Regierungsteams für
die Landtagswahl in
Rheinland-Pfalz:
"Rudolf Scharping hat
Volltreffer gelandet."

Seite 5

Hans Wallow MdB zur
finanzpolitischen Kon-
zeptionslosigkeit der
Union gegenüber Ost-
deutschland: Herrn
Bohls Vernebelungs-
versuche.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

46. Jahrgang / 29

12. Februar 1991

Die Autorität der UNO stärken

Zum Erfordernis einer gerechten Weltordnungspolitik

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit

Das Drama des Golf-Krieges und die intensiv geführte Diskussion ins-
besondere um die Rechtfertigungsgrundlagen und Hintergründe des
Eingreifens der USA am Golf macht das globalpolitische Dilemma
deutlich, in dem wir uns heute befinden: Auf der einen Seite geht es
wohl nicht ohne eine Art Weltpolizei, die eingreift, wenn gewissenlose
Potentaten Flächenbrände entzünden wollen. Andererseits aber gerät
jede interventionistische Weltpolizistenpolitik, die von nationalen
Macht- und Wirtschaftsinteressen mitgeleitet wird, in den Geruch der
Unglaubwürdigkeit. Ein Ausweg aus diesem Dilemma bietet allein eine
breite Übereinstimmung in der Völkergemeinschaft. Ein militärisches
Eingreifen darf immer nur "ultima ratio" sein und ist nur dann zu rech-
t fertigen, wenn im gemeinsamen Interesse gehandelt wird und wenn die
Eingreifenden selbst zuverlässig zu der Verwirklichung der Menschen-
rechte, des Völkerrechts sowie zur Förderung des weltweiten sozialen
Ausgleichs und globaler Gerechtigkeit stehen. Deshalb sollte Weltpoli-
tik vor allem zur Aufgabe einer reformierten UNO gemacht werden.

Eine von einseitigen Supermacht-Interessen geleitete Hegemonialpoli-
tik wird Konflikte nicht beseitigen, im Gegenteil, sie fördert sie. Vor eini-
gen Tagen erschien im renommierten amerikanischen Harper's Maga-
zine ein Artikel zum Golfkrieg. Der Autor, Christopher Hitchens, erläu-
tert mit Rückgriff auf offizielle Untersuchungsberichte, Dossiers und
Gesprächsnotizen, inwiefern die amerikanische "Realpolitik" der letzten
zwanzig Jahre im Nahen Osten wesentlichen Anteil an der politischen
Instabilität der Region und der militärischen Aufrüstung des Iraks hat.
Die amerikanische Administration habe eine Politik der "wechselseitig
versicherten Destabilisierung" im Rahmen eines "Spiels der Nationen"
gespielt, aus dem Saddam Hussein am 2. August 1990 ausgestiegen
sei.

So hatten sich die USA zu Zeiten des alles andere als demokratischen
Schahs - 1972 traf sich Kissinger mit dem persischen Herrscher - auf
die Seite des Irans gestellt, dessen Interessen politisch unterstützt, ihn
militärisch aufgerüstet und den Iran zu einem militärstrategischen
Stützpunkt ausgebaut. Der Irak galt als politischer Störenfried in der
Nahostregion und um diesen innenpolitisch zu schwächen, bediente
man sich der kurdischen Minderheit im Norden Iraks.



Die Unterstützung der Kurden sollte - so die Ergebnisse der Pike-Commission zur Untersuchung der verdeckten amerikanischen iranisch-irakischen Intervention in den frühen 70er Jahren - der Untergrabung der politischen Stabilität Iraks dienen. Die amerikanische Unterstützung der irakischen Kurden wurde dann schlagartig in dem Moment eingestellt - Januar 1976 -, als der Schah und Saddam Hussein einen gemeinsamen Grenzvertrag unterzeichneten. Einen Tag später befahl Saddam den Einsatz des Militärs gegen die Kurden.

Mit den veränderten politischen Verhältnissen im Iran durch den Sturz des Schahs und der Machtübernahme des Ajatollah-Regimes unter Khomeini nahm auch die "Realpolitik" der amerikanischen Regierung sofort eine andere Richtung. Das freundliche Interesse der Amerikaner galt nun dem Irak mit seinem Präsidenten Saddam Hussein, der übrigens schon damals ein brutaler Diktator war und in der Folge mit einem ungeheuren Aufrüstungsprogramm begann. Am 22. September 1980 überfiel der neue "Freund" der USA den Iran, ein Krieg mit vermutlich über einer Million Toten begann. Nach Auffassung von Vertretern aller iranischen Parteien haben die USA damals eine aktive Rolle gespielt. Grund genug war die Teheraner Geisellaffäre von 1979. Der Sicherheitsberater des damaligen Präsidenten Carter, Brzezinski, war der Auffassung, daß der Iran bestraft werden mußte. Wie die Financial Times seinerzeit ermittelte, sollen Saddam Hussein CIA- und Satellitendaten über den Iran zur Kenntnis gebracht worden sein. Der amerikanische Präsident Carter und die CIA waren über die bevorstehende Invasion informiert, nichts wurde unternommen, um den Krieg zu verhindern. Offensichtlich lagen die politisch-strategischen Interessen der Weltpolizei USA hier nicht bei der Wiederherstellung und dem Schutz der Prinzipien des Völkerrechts, wie im Falle Kuwaits offiziell in Anschlag gebracht wurde.

Christopher Hitchens beantwortet die Frage nach dem "Warum" der amerikanischen Wechselbad-Politik von Hätscherei und Liebenseitzug pragmatisch: politische Einflußnahme, Schaffung von Waffenmärkten, Herstellung von Abhängigkeiten gegenüber der Supermacht USA, Öl.

Den Preis einer solchen Politik wechselseitig zugesicherter Destabilisierung bezahlt die Welt jetzt am Golf. Die warnenden Signale eines Überfalls des Iraks auf Kuwait wurden von der amerikanischen Regierung zumindest in bezug auf ihre möglichen Kriegsfolgen unterschätzt. Daß der Überfall erwartet war, machen die Äußerungen der ehemaligen amerikanischen Botschafterin Glaspie in Bagdad in der New York Times klar: "Wir haben nicht erwartet, daß er ganz Kuwait nehmen würde". Eine veränderte Grenze zwischen Irak und Kuwait lag laut Hitchens letztlich im Interesse der Amerikaner, denn dies wäre offensichtlich ein akzeptierbarer Preis für die Domestizierung des irakischen Diktators gewesen.

Diese Interessenpolitik mit wechselnden Partnern macht meines Erachtens deutlich:

Der Krieg am Golf ist durch die bisher praktizierte "Realpolitik" nicht verhindert worden; er ist ihr Ergebnis. "Realpolitik" betreibt eine Großmacht, wenn sie in einer Region den status quo durch Eingehen von Bündnissen, durch Stärkung oder Schwächung von Staaten zu erhalten oder in einer seinen eigenen Interessen dienlichen Weise zu ändern sucht. Dabei ist "Realpolitik" oft wenig moralisch; es geht ihr nicht um Gerechtigkeit, und mangelnde Achtung vor Menschenrechten oder zweifelhafte demokratische Legitimation ist weder bei der Festlegung auf Verbündete ein Hindernis, noch sind moralische Prinzipien bei der Wahl der Mittel zur Durchsetzung von Zielen entscheidend.

Es wird in Zukunft nicht ohne eine Art Weltpolizei gehen, die einem skrupellosen Machthaber die Streichhölzer wegnimmt, wenn er damit in einem Waffenarsenal spielt oder die Welt durch Herbeiführung einer ökologischen Katastrophe zu vernichten droht. Allerdings muß ein solches Eingreifen die ultima ratio sein. Besser wäre es, wenn der Aufbau eines solchen Explosiv-Potentials verzögert oder ganz verhindert würde, und die Industriestaaten sollten den Verlockungen der Profite aus Waffengeschäften und anderen "gefährlichen" Exporten widerstehen - wir haben es ja auch einmal mit einem Atomwaffen-Sperrvertrag versucht. Noch besser wäre es, wenn die Ursachen, die zur gewaltsamen Änderung der Verhältnisse drängen, abgebaut wer-

den könnten: stabiler Frieden in einer Region und weltweit ist letztlich nur möglich bei Entwicklungserfolgen und sozialem Ausgleich. Erst dies macht auch ein Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen denkbar.

Solange die Ursachen der Konflikte fortbestehen, wird man aber auch in Zukunft potentiellen Brandstiftern die Streichhölzer wegnehmen müssen. Dies wird aber nicht im Ermessen eines Staates liegen dürfen, der gleichzeitig eine klassische Interessenpolitik verfolgt. Ein solches Vorgehen ist allein dann zu rechtfertigen, wenn derjenige, der es tut, dabei glaubwürdig im globalen Interesse handelt: dieses Vorgehen muß von der Völkergemeinschaft insgesamt gutgeheißen werden. Ein derartiger Konsens ist aber nur vorstellbar, wenn der Staat oder die Allianz in Fragen der Menschenrechte, der Einhaltung des Völkerrechts und in den Bemühungen um Gerechtigkeit in der Welt und um die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der weniger Privilegierten absolut zuverlässig steht und dies auch im Handeln überzeugend darzut. Das verlangt Wahrhaftigkeit, Unzweideutigkeit und Transparenz in der Außenpolitik; dazu gehört, daß man Unrecht brandmarkt, auch wenn es von einer befreundeten Regierung ausgeht.

Das Drama des Golfkriegs sollte auch dem letzten Zweifler deutlich machen, daß eine interventionistische Weltpolizistenpolitik, wie sie von den Amerikanern, aber auch der anderen ehemaligen Supermacht UdSSR in der Vergangenheit praktiziert worden ist, sich überlebt hat. Es darf keine von einseitigen Supermacht-interessen geleitete offene oder verdeckte Hegemonialpolitik mehr geben. Weltordnungspolitik ist vor allem Aufgabe der UNO, einer reformierten UNO, und nicht einzelner starker Staaten. Deshalb ist im Golfkrieg die UNO auch gefordert, im Auftrag der Weltgemeinschaft eine weitere Eskalation zu verhindern und die wiederstreitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Supermächte sind sterbende Sauriere. Ihr Ringen ums Überleben darf nicht die Welt in Flammen setzen - weder vom Golf noch vom Baltikum ausgehend. Es wäre gut, wenn die USA und die UdSSR sowie deren Verbündete begreifen würden, daß die Zeiten großmächtlichen Auftretens vorbei sind. Im Drehbuch der amerikanischen "Realpolitik" heißt die Hauptrolle offensichtlich immer noch Weltpolizist. Für diese Rolle gibt es aber nur eine Idealbesetzung: die Vereinten Nationen. Ihre Bedeutung muß gestärkt werden.

Am Golf muß sich jetzt beweisen, daß der Schlüssel für die politische Zukunft des Planeten nicht mehr bei einzelnen Nationen, sondern bei der Gemeinschaft der Völker liegt.

(-/12.2.1991/rs/fü)

Wettbewerb wichtiger als Umweltschutz?

Zum Abgas-Streit zwischen Brüssel und Bonn

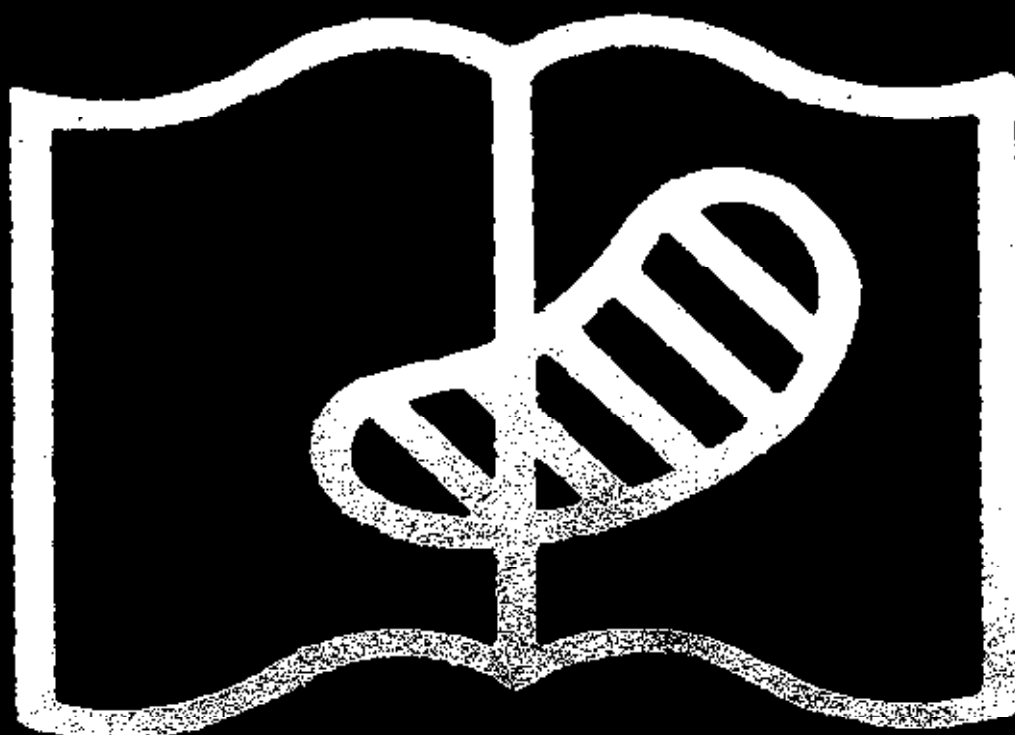
Von Kurt Vittinghoff MdEP

Im Streit zwischen der EG-Kommission und der Bundesregierung wegen der beabsichtigten Steuererleichterung für "saubere" Dieselfahrzeuge bei Einhaltung der strikten kalifornischen Abgasnormen ist der EG-Kommission umweltfeindliches Verhalten vorzuhalten.

Es ist völlig unverständlich, daß die Kommission ein Mitgliedsland daran hindern will, eine Maßnahme zugunsten der Umwelt durchzuführen.

Immerhin hatten sich Kommission, Ministerrat und Parlament übereinstimmend für Steuererleichterungen zur Unterstützung der Einführung abgasarmer Fahrzeuge ausgesprochen.

Einmal mehr beweist die Kommission ihren mangelhaften Mut vor einer Entscheidung, die offensichtlich der Industrie nicht angenehm ist.



auch im Vergleich zu den anderen Fraktionen deutlich macht. Sie ist uns zugleich Ansporn. Wir werden weiterhin unsere frauenpolitischen Initiativen mit Nachdruck in den Deutschen Bund

destag einbringen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß immer mehr Frauen in allen anderen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens Einfluß nehmen können.

Von diesem Anliegen vor allem ist die Kritik getragen, die von einigen weiblichen Abgeordneten an dem noch immer zu geringen Frauenanteil an Ausschußvorsitzenden und Sprechern der Fraktionsarbeitsgruppen geäußert wurde und die ein Ausdruck des in der SPD nach dem Quotenbeschluß selbstverständlichen Anspruchs auf Gleichbehandlung ist.

Es ist richtig und wichtig, diesen Anspruch immer wieder zu formulieren. Gleichzeitig sollten aber auch die ständigen Bemühungen um seine Umsetzung nicht verschwiegen werden und insbesondere das Umfeld, z.B. die Verhältnisse bei den Koalitionsfraktionen nicht aus den Augen verloren werden.

Gerade weil wir - bei ausdrücklich vorhandenem politischen Willen - um die Schwierigkeiten einer gleichberechtigten Besetzung von Gremien wissen, fordern wir die Bundesregierung auf, endlich den seit Oktober 1990 überfälligen Bericht über die Gremien, für die die Bundesregierung oder der Deutsche Bundestag ein Vorschlagsrecht haben, vorzulegen. Jetzt kommt es darauf an, daß bei der Neubesetzung solcher Gremien die Unterrepräsentanz von Frauen endlich abgebaut wird. Bisher liegt der Frauenanteil bei solchen Entsendungen und Benennungen bei höchstens 7%. Ich hoffe sehr, daß dieser Bericht, den wir vor 3 Jahren mit Hilfe eines Antrags im Parlament gefordert haben, nicht solange verzögert wird, bis sämtliche Ämter und Funktionen an Männer vergeben sind.

(-/12.2.1991/rs/fü)

"Rudolf Scharping hat Volltreffer gelandet"

Zum positiven Echo auf die Vorstellung des sozialdemokratischen Regierungsteams für die Landtagswahl am 21. April in Rheinland-Pfalz

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der Landtagsfraktion und des Landesverbandes der rheinland-pfälzischen SPD

Die Vorstellung seines Teams für die Landtagswahl am 21. April hat dem rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten Rudolf Scharping ein Echo gebracht, das ihm und seiner Partei weiteren Auftrieb verspricht. Vor allem auch die Berufung von Persönlichkeiten außerhalb der Landespartei - so des parteilosen Unternehmers Jürgen Olschewski aus Düsseldorf, der das Wirtschaftsressort leiten soll und des Bankers Edgar Meister (Finanzen) - fand Beachtung: "Rudolf Scharping hat mit seinem Regierungsteam einen Volltreffer gelandet. Den Männern und Frauen, mit denen er bei einem Wahlsieg regieren will, wird Freund und 'Feind' attestieren müssen, daß sie ihren Aufgaben gewachsen scheinen. Geradezu eine Meisterleistung, für die Ressorts Wirtschaft und Finanzen zwei gestandene Fachmänner aus der freien Wirtschaft zu gewinnen." So der Südwestfunk in einem Kommentar zur Vorstellung von Scharpings Mannschaft.

Ähnlich positive Aussagen galten auch den beiden "Importen" Karl Schneider, der in Hessen jahrelang als Landwirtschaftsminister amtierte und nun als Minister für den ländlichen Raum vorgesehen ist, und der designierten Umweltministerin Klaudia Martini, die auf dem "Kleinen Parteitag" die Delegierten mit einem ersten Statement zu überzeugen mußte.

Keine öffentliche Kritik fand die Berufung von bekannten rheinland-pfälzischen Persönlichkeiten in das Alternativ-Kabinett: ÖTV-Landesvorsitzender Ullrich Galle (Ressort Arbeit) werden gute Kenntnisse im Problembereich Truppenabzug attestiert, Kurt Beck (Soziales) ist mit seinen 42 Jahren erfahrener Sozialpolitiker, Landes- und Fraktionsgeschäftsführer, Dr. Rose Götte (Bildung und Kultur) und Florian Gerster (Bundesrat und Europa) sind als ehemalige Land-

Ich habe den Verdacht, es soll verhindert werden, daß durch steigende Zulassungszahlen "sauberer" Dieselfahrzeuge der Beweis erbracht werden kann, daß der europäischen Autoindustrie die Technik schon jetzt zur Verfügung steht, um strengste Abgasnormen, wie vom Europäischen Parlament gefordert, sofort verbindlich einzuführen.

Dabei wissen Kommission und Rat ganz genau, daß die Luftverschmutzung aus Kraftfahrzeugen in der gesamten EG schon jetzt in den Ballungsräumen unerträglich geworden ist und sich durch die zu erwartende Verkehrssituation in den nächsten Jahren zusätzlich dramatisch verschärfen wird.

Allerdings ist auch harte Kritik an der Bundesregierung angebracht. Bonn hätte sich im Ministerrat dafür einsetzen müssen, daß die von ihm möglich gehaltenen strengsten Abgasnormen für die gesamte EG verbindlich festgelegt werden. Dabei hätten sich die vom Europaparlament vorgeschlagenen Grenzwerte für eine zweite Stufe der Normen ab 1995/96 direkt angeboten.

Stattdessen hat Umweltminister Töpfer in der entscheidenden Ministerratssitzung mit seiner Stimme dazu verholfen, die Forderungen des Europaparlamentes niederzustimmen und so an einem einstimmigen Beschluß für lasche, der Situation nicht gerecht werdende Normen mitgewirkt. Ich fordere die Bundesregierung auf, wenigstens jetzt bei ihrer Entscheidung, der Steuererleichterung für die "saubereren" Diesel, zu bleiben und es ruhig auf eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof ankommen zu lassen.

Anderenfalls muß sie sich gefallen lassen, in den Verdacht der doppelten Moral zu geraten, nämlich mit der Ankündigung der Steuererleichterung nur einen populären Vorschlag gemacht zu haben, im Vertrauen darauf oder gar im Bewußtsein, daß die Aktion von Brüssel aus gestoppt wird und daß einmal mehr Brüssel als Verhinderer und die Bonner Administration als die verhinderten Saubermänner erscheinen, die sie absolut nicht sind.

(-/12.2.1991/rs/f0)

Frauenanteil kann sich sehen lassen

Zur Umsetzung des Quotenbeschlusses innerhalb der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Von Ingrid Becker-Inglau MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Der Anteil der Frauen in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist im Vergleich zur letzten Wahlperiode von 18% auf 27% angestiegen. Damit sind 65 von 239 Parlamentariern Frauen. So wird deutlich, daß der Quotierungsbeschluß der Partei sich überaus positiv ausgewirkt hat. Der Frauenanteil bei CDU/CSU liegt dagegen lediglich bei 13%, etwas höher bei der FDP.

Die für die SPD so erfreuliche Entwicklung schlägt sich nun auch in den verschiedenen neugewählten Gremien der Fraktion nieder: So sind im Geschäftsführenden Vorstand einschließlich der von der SPD-Bundestagsfraktion gestellten Vizepräsidenten 6 Frauen und 11 Männer vertreten. Von 5 Parlamentarischen Geschäftsführern sind 2 Frauen. 3 der 9 stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sind Frauen, und in den 33-köpfigen Fraktionsvorstand wurden 9 Frauen hinein gewählt.

Dies ist eine ermutigende Entwicklung, die die frauenpolitische Kompetenz der SPD gerade auch im Vergleich zu den anderen Fraktionen deutlich macht. Sie ist uns zugleich Ansporn. Wir werden weiterhin unsere frauenpolitischen Initiativen mit Nachdruck in den Deutschen Bun

destag einbringen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß immer mehr Frauen in allen anderen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens Einfluß nehmen können.

Von diesem Anliegen vor allem ist die Kritik getragen, die von einigen weiblichen Abgeordneten an dem noch immer zu geringen Frauenanteil an Ausschußvorsitzenden und Sprechern der Fraktionsarbeitsgruppen geäußert wurde und die ein Ausdruck des in der SPD nach dem Quotenbeschluß selbstverständlichen Anspruchs auf Gleichbehandlung ist.

Es ist richtig und wichtig, diesen Anspruch immer wieder zu formulieren. Gleichzeitig sollten aber auch die ständigen Bemühungen um seine Umsetzung nicht verschwiegen werden und insbesondere das Umfeld, z.B. die Verhältnisse bei den Koalitionsfraktionen nicht aus den Augen verloren werden.

Gerade weil wir - bei ausdrücklich vorhandenem politischen Willen - um die Schwierigkeiten einer gleichberechtigten Besetzung von Gremien wissen, fordern wir die Bundesregierung auf, endlich den seit Oktober 1990 überfälligen Bericht über die Gremien, für die die Bundesregierung oder der Deutsche Bundestag ein Vorschlagsrecht haben, vorzulegen. Jetzt kommt es darauf an, daß bei der Neubesetzung solcher Gremien die Unterrepräsentanz von Frauen endlich abgebaut wird. Bisher liegt der Frauenanteil bei solchen Entsendungen und Benennungen bei höchstens 7%. Ich hoffe sehr, daß dieser Bericht, den wir vor 3 Jahren mit Hilfe eines Antrags im Parlament gefordert haben, nicht solange verzögert wird, bis sämtliche Ämter und Funktionen an Männer vergeben sind.

(-/12.2.1991/rs/fü)

"Rudolf Scharping hat Volltreffer gelandet"

Zum positiven Echo auf die Vorstellung des sozialdemokratischen Regierungsteams für die Landtagswahl am 21. April in Rheinland-Pfalz

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der Landtagsfraktion und des Landesverbandes der rheinland-pfälzischen SPD

Die Vorstellung seines Teams für die Landtagswahl am 21. April hat dem rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten Rudolf Scharping ein Echo gebracht, das ihm und seiner Partei weiteren Auftrieb verspricht. Vor allem auch die Berufung von Persönlichkeiten außerhalb der Landespartei - so des parteilosen Unternehmers Jürgen Olschewski aus Düsseldorf, der das Wirtschaftsressort leiten soll und des Bankers Edgar Meister (Finanzen) - fand Beachtung: "Rudolf Scharping hat mit seinem Regierungsteam einen Volltreffer gelandet. Den Männern und Frauen, mit denen er bei einem Wahlsieg regieren will, wird Freund und 'Feind' attestieren müssen, daß sie ihren Aufgaben gewachsen scheinen. Geradezu eine Meisterleistung, für die Ressorts Wirtschaft und Finanzen zwei gestandene Fachmänner aus der freien Wirtschaft zu gewinnen." So der Südwestfunk in einem Kommentar zur Vorstellung von Scharpings Mannschaft.

Ähnlich positive Aussagen galten auch den beiden "Importen" Karl Schneider, der in Hessen jahrelang als Landwirtschaftsminister amtierte und nun als Minister für den ländlichen Raum vorgesehen ist, und der designierten Umweltministerin Klaudia Martini, die auf dem "Kleinen Parteitag" die Delegierten mit einem ersten Statement zu überzeugen mußte.

Keine öffentliche Kritik fand die Berufung von bekannten rheinland-pfälzischen Persönlichkeiten in das Alternativ-Kabinett: ÖTV-Landesvorsitzender Ullrich Galle (Ressort Arbeit) werden gute Kenntnisse im Problembereich Truppenabzug attestiert, Kurt Beck (Soziales) ist mit seinen 42 Jahren erfahrener Sozialpolitiker, Landes- und Fraktionsgeschäftsführer, Dr. Rose Götte (Bildung und Kultur) und Florian Gerster (Bundesrat und Europa) sind als ehemalige Land-

tagsabgeordnete und Mitglieder des Bundestages bestens ausgewiesen, ebenso der rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Christoph Grimm, dem das Justizressort auf den Leib geschrieben scheint. Für das Innenressort, zu dem auch Polizei und Kommunalpolitik gehören, bringt Walter Zuber, der jetzige Landrat des Kreises Bad Kreuznach beste Voraussetzungen mit: Er war Verwaltungsangestellter der Landeshauptstadt, dann zehn Jahre Mitglied des Landtags, Polizeisprecher und Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik, Bürgermeister von Alzey und seit einem Jahr Landrat. Außerdem ist Zuber Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt. Die dritte Frau in einem Kabinett Scharping, Jeanette Rott, hat es bereits in der ersten Wahlperiode geschafft, Vorsitzende des Landtagsausschusses für Soziales und Familie zu werden. Sie soll das erste rheinland-pfälzische Frauenressort leiten.

Der "Mannheimer Morgen" kommentierte unter der Überschrift "Gute Mischung": "In der Zusammensetzung seines Schattenkabinetts ... ist die führende Hand des Spitzenkandidaten Rudolf Scharping erkennbar. Herausgekommen ist eine gute Mischung, in der vor allem die bisher unbekannteren neuen Köpfe Akzente setzen. Der wirtschaftliche Sachverstand, der sich in den Kandidaten für das Wirtschafts- und das Finanzressort repräsentiert, erscheint durchaus als respektables Gegengewicht zu den derzeitigen Amtsinhabern."

Übrigens: Die Zusammenstellung der Mannschaft war bis zuletzt vertraulich geblieben, öffentliche Spekulationen gingen alle daneben. Auch das war, wie altgediente Journalisten sagten, eine Meisterleistung Scharpings.

(-/11.2.1991/rs/fü)

Herrn Bohls Vernebelungsversuche

Zur finanzpolitischen Konzeptionslosigkeit der Union gegenüber Ostdeutschland

Von Hans Wallow MdB

Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beweist es aufs Neue: Die CDU/CSU versteht nichts von Finanzen und erst recht nichts vom Aufbau der neuen Bundesländer.

Finanzminister Schleußer (NRW) hatte davor gewarnt, die finanziellen Wünsche der neuen Länder ungeprüft zu erfüllen.

Eine kluge Ausgabenpolitik ist in der Tat geboten, wie auch folgendes Beispiel belegt: NRW gibt 1991 4.200 DM pro Einwohner aus - in Brandenburg sollten es 7.300 DM sein. Schleußer forderte deshalb realistische Landesetat-Entwürfe.

Bohl schlug angesichts dessen wild um sich: Er witterte die Absicht, den östlichen Bundesländern den Geldhahn zudrehen zu wollen, um damit "das Katastrophengeschrei Lafontaines" Wirklichkeit werden zu lassen. Mit diesem Geschrei kann er aber nicht vernebeln, daß die Bundesregierung den Karren immer tiefer in den Morast schiebt: Mit einer Treuhandgesellschaft, die nicht wirtschaftet, sondern nur verwaltet, mit einer fehlenden Beschäftigungspolitik und mit der geplanten Streichung der Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer.

Wenn Herr Bohl wirklich ungeprüft Milliardensummen in die neuen Länder pumpen will, ohne, daß realistische Etatentwürfe vorliegen, kann er dann garantieren, daß die gesamten Mittel korrekt dem soziologischen und ökologischen Aufbau zugeführt werden? Oder will er der unzureichenden, teilweise maroden Administration einen Blankoscheck ausstellen?

(-/12.2.1991/rs/fü)
